



## OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Nr. 20/1992/23

GENERALRAT

An das  
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 W i e n  
-----

Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3  
Postfach 61, A-1011 Wien  
Telefon: (0 22 2) 404 20-9100, 9102 bis 9106  
Telefax: (0 22 2) 404 20-9400  
Telex: 115420  
Telegramme: Bankleitung Wien  
DVR 0031577

SETZENTWURF  
-GE/19-  
18. SEP. 1992

Datum: 18. SEP. 1992 Wien, 18.9.1992

22. Sep. 1992

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über Kapitalan-  
lagefonds (Investmentfondsgesetz - InvFG)  
-----

Unter Bezugnahme auf den uns vom Bundesministerium für Fi-  
nanzen mit Schreiben vom 21.7.1992, GZ 23 1005/6-V/14/92, zuge-  
leiteten Entwurf zum o.e. Gesetz übermitteln wir in der Anlage  
25 Kopien unserer u.e. an das Bundesministerium für Finanzen  
ergehenden Stellungnahme.

Generalrat  
der  
Oesterreichischen Nationalbank

Anlagen

ME/B16F



# OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Nr. 20/1992/23

GENERALRAT

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
Abteilung V/14

Postfach 2  
1015 W i e n

Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3  
Postfach 61, A-1011 Wien  
Telefon: (0 22 2) 404 20-9100, 9102 bis 9106  
Telefax: (0 22 2) 404 20-9400  
Telex: 115420  
Telegramme: Bankleitung Wien  
DVR 0031577

Wien, 18.9.1992

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über Kapitalan-  
lagefonds (Investmentfondsgesetz - InvFG)  
-----

Zu dem mit do. Schreiben vom 21.7.1992, GZ 23 1005/6-V/  
14/92, zur Begutachtung vorgelegten o.e. Entwurf teilt die  
Oesterreichische Nationalbank zunächst mit, daß sie die erstma-  
lige Erlassung näherer Vorschriften über den Vertrieb von Antei-  
len ausländischer Kapitalanlagefonds in Österreich und die Har-  
monisierung des österreichischen Investmentfonds-Rechts mit dem  
der EG (unter gleichzeitiger Berücksichtigung der eingetretenen  
Entwicklung der Kapitalmärkte) positiv bewertet. Zu einzelnen  
Bestimmungen des Entwurfes, gegen den in grundsätzlicher Hin-  
sicht keine Einwände bestehen, wäre jedoch noch folgendes zu sa-  
gen:

zu § 4 Abs. 3: Aus stabilitätspolitischen Gründen wäre es über-  
legenswert, die Möglichkeit zur Aufnahme von kurzfristigen  
Krediten bloß auf spezielle Fälle zu beschränken. Zweck der  
Kreditaufnahme sollte nur die Überbrückung von Engpässen für  
den Fall sein, daß die Auszahlung von Anteilen gefordert, der  
Verkauf von Vermögenswerten des Fonds aber durch außergewöhn-  
liche Umstände verhindert wird.

zu § 13: Diese Bestimmung läßt nicht mit Bestimmtheit erkennen,  
daß Fondsgewinne auch - so wie dies nach der einschlägigen  
EG-Norm möglich wäre - thesauriert werden dürfen. Im Hinblick



auf die möglichen negativen Auswirkungen besonders restriktiver Regeln im Bereich der Gewinnverwendung für den Finanzplatz Österreich bzw. für die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Investmentfonds sollten jedoch "Thesaurierungsfonds" eindeutig unter vergleichbaren Rahmenbedingungen zulässig sein.

zu § 12 Abs.4: Der geprüfte Rechenschaftsbericht sollte - neben dem Bundesministerium für Finanzen - auch der Oesterreichischen Nationalbank vorgelegt werden müssen.

Generalrat  
der  
Oesterreichischen Nationalbank



